

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

17.3.1912 (No. 76)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

N^o 76

Sonntag, den 17. März 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Straße Nr. 14. (Fernsprech-
anschluß Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung; vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 9. März 1912 gnädigst bewogen gefunden, dem Geheimen Hofrat Professor Dr. Max Schottelius an der Universität Freiburg das Kommandeurkreuz zweiter Klasse des höchsten Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 8. März 1912 gnädigst geruht, den ordentlichen Professor der Hygiene und Direktor des hygienischen Instituts an der Universität Freiburg Geheimen Hofrat Dr. Max Schottelius unter Anerkennung seiner langjährigen und treugeleisteten Dienste seinem untertänigsten Ansuchen entsprechend wegen leidender Gesundheit auf 1. April 1912 in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 2. März 1912 gnädigst geruht, den Bausekretär Rampert Maissenhöber in Mannheim zum Oberbausekretär zu ernennen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 12. März 1912 wurde Hauptlehrer Karl Leckus in Singen als „Handelslehrer“ an der Handelsschule in Mannheim etatmäßig angestellt.

Die Zoll- und Steuerverwaltung hat unterm 7. März 1912 den Finanzsekretär Theodor Ritzhaupt in Zahr nach Offenburg versetzt.

Die Errichtung einer Apotheke in der Reichstadt in Mannheim betr.

Die persönliche Berechtigung zur Errichtung einer Apotheke in der Reichstadt in Mannheim — etwa in der Mitte der Lange Mitterstraße — ist zu verleihen. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen 14 Tagen dahier einzureichen.

Karlsruhe, den 14. März 1912.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Glo dner. Dr. Bard.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Politische Wochenrückblicke. *

In der Sitzung der Zweiten Kammer des badischen Landtags vom Montag wurde nach dem Bericht der Kommission für Eisenbahnen und Straßen der Staatsvertrag mit Württemberg wegen Errichtung von Bahnerverbindungen Weissenbach—Klosterreichenbach und Bretten—Kürnach einstimmig angenommen. Die Gesamtkosten des Projekts betragen lt. Anschlag ausschließlich Verwaltungskosten nach dem Eisenbahnbudget von 1908/09 8 550 000 M. für den badischen Teil der Murgtalbahn von Weissenbach bis zur Landesgrenze und nach dem von Württemberg aufgestellten Projekt und Kostenanschlag für die Bahn Bretten—Kürnach der 5,17 Kilometer lange badische Teil 671 900 M. Das Projekt wurde sowohl von dem Berichterstatter der Kommission, wie von den Rednern der Parteien mit freudiger Genugtung begrüßt. Der Finanzminister Dr. Rheinboldt schloß sich dem in der Debatte ausgesprochenen Wunsche an, daß durch die beiden Bahnprojekte die Verkehrsbeziehungen der beiden Nachbarländer eine kräftige Förderung erfahren und daß beiden Staaten hieraus gleichermaßen ein Vorteil erwachsen möge. Dem Wunsche, die Bahnfrüher abzukürzen, wäre die Regierung gerne bereit, nachzukommen, da es für Baden nur vorteilhaft sein würde, wenn wir den Bau der Murgtalbahn in einem Zuge zu Ende führen könnten. Aber wir sind hier von Württemberg abhängig. Über die Frage, bis wann mit dem Bahnbau begonnen werden kann, kann eine be-

* Ein Teil der Wochenrückblicke befindet sich in der Beilage. N. B.

stimmte Auskunft nicht gegeben werden. Es handelt sich hier um einen Vertrag, bei dem die Regierung nicht einseitige Bestimmungen über den Baubeginn treffen kann. Am Schluß derselben Sitzung ergriff der Finanzminister nochmals das Wort, um dem Hause den Entwurf eines Nachtrags zum Vorschlag der Verkehrsanstalten für 1912/13 vorzulegen. Der Nachtrag enthält eine Anforderung von 1 208 000 M., — berechnet für 22 Monate —, mittels derer die bereits in Aussicht gestellte Erhöhung der Tag- und Akkordlöhne der Arbeiter der Eisenbahnverwaltung und der Bodensee-Dampfschiffahrtsverwaltung mit Wirkung vom 1. März d. J. durchgeführt werden soll. Es besteht die Hoffnung, daß die Eisenbahnverwaltung in der Lage sein wird, diese recht erhebliche Mehrbelastung zu tragen, ohne daß wir genötigt werden, den im Interesse der allgemeinen Staatsverwaltung auf jährlich eine Million Mark herabgesetzten Zuschuß an die Eisenbahnschuldentilgungskasse wieder zu erhöhen. Die Regierung hat sich trotz der immer noch andauernden Unsicherheit der Finanzlage gern entschlossen, den Wünschen der Arbeiter um Besserung ihrer Lage nach Tunlichkeit entgegenzukommen. Die Lohnaufbesserung ist in der Weise gedacht, daß insbesondere die Mindestlöhne eine Erhöhung erfahren sollen und zwar um 20 Pfg. Die Höchstlöhne erhalten eine Erhöhung um 10 Pfg., dagegen sollen die Stellenzulagen, soweit sie den Betrag von 40 Pfg. überschreiten, um 10 Pfg. gekürzt werden. Die durchschnittliche Aufbesserung, auf den Kopf des Arbeiters berechnet, wird 44,03 M. jährlich betragen. Nach dieser Aufbesserung wird sich der durchschnittliche Jahreslohn in Baden auf 1360 M. belaufen. Nach der Reichsstatistik beträgt der Jahresdurchschnittslohn in Preußen 1153 M., in Elsaß-Lothringen 1162 M., in Bayern 1233 M., in Sachsen — nach der im letzten Jahre erfolgten Aufbesserung um 20 Pfg. — 1268 M. und in Württemberg — nach der kürzlich erfolgten Aufbesserung um 30 Pfg. — 1323 M. Daraus ist zu ersehen, daß Baden auch weiterhin hinsichtlich der durchschnittlichen Lohnhöhe an der Spitze der deutschen Staatsbahnverwaltungen verbleiben wird. Der Nachtrag wurde an die Budgetkommission verwiesen.

Am Montag setzte die Zweite Kammer auch die Debatte über das Budget der Heil- und Pflegeanstalten fort. Ministerialdirektor Dr. Glo dner zerstreute die Bedenken, die der Abg. Dieterle gegen den Anstalten von der Größe der bei Anstalt zu errichtenden geltend gemacht hatte; es sei nochmals darauf hinzuweisen, daß wir auf Grund der bis jetzt ausgearbeiteten Vorschläge hoffen können, in der Anstalt bei Muggensturm für ein Krankenbett nur den Betrag von 4800 M. verwenden zu müssen, während wir in Wiesloch für ein Bett rund 6050 M. und in Konstanz rund 6300 M. ausgeben müssen. Im übrigen ist der Vorschlag zu dieser großen Anstalt von den Direktoren unserer Anstalten ausgegangen, die ganz gewiß die Vorteile und Annehmlichkeiten nicht gering einschätzen, welche für den Direktor und die Ärzte in der Verwaltung einer kleineren Anstalt liegen. Durch gewissenhafte und eingehende Prüfung sind sie über die gegen die Errichtung einer großen Anstalt bestehenden Bedenken hinweggekommen; auch sie haben sich den Erwägungen finanzieller Natur nicht verschließen können. Es handelt sich auch nicht darum, die Anstalt bei Muggensturm auf einmal auszubauen, dann mit 2000 Kranken zu füllen und in Betrieb zu nehmen. Die Anstalt soll zunächst mit 6—800 Betten eröffnet und dann je nach Bedarf ausgebaut werden. Selbstverständlich würde die Regierung selber sich am meisten freuen, wenn in der Zunahme der Zahl der anstaltsbedürftigen Geisteskranken künftighin ein Rückgang eintreten würde. Nun hat ja das letzte Jahr in unseren Anstalten nur eine Zunahme von 44 Geisteskranken gebracht. Doch kann bei weiteren Erwägungen nicht die Zahl maßgebend sein, die an einem bestimmten Tage des Jahres vorhanden war, sondern es ist zu beachten, daß die Höchstbelegung entscheidend für das Platzbedürfnis ist, die in dem betreffenden Jahre vorgekommen ist, denn für das Maximum, daß zu einer gewissen Zeit auf die Anstalten anfiel, muß natürlich Vorkehrung getroffen werden. Die geringe Zunahme von 44 erklärt sich aus der Tatsache, daß die Zahl der

Entlassungen eine größere gewesen ist als in den vorhergehenden Jahren. Dies hängt damit zusammen, daß die Aufnahme frischerkranker Patienten frühzeitiger stattfinden kann und dadurch eine schnellere Heilung erzielt wird. Dadurch, daß wir mehr Plätze haben, werden die Schwierigkeiten bei der Aufnahme in den einzelnen Anstalten geringer. In der Debatte waren die Kreispflegeanstalten zur Aufnahme ruhiger Kranker empfohlen worden. Seit 20 Jahren hat sich die Regierung mit dieser Frage befaßt, aber ein Erfolg war nicht zu erzielen. Die Kreispflegeanstalten können keine Aussicht auf Erfolg versprechen. Im allgemeinen haben sie wenig freie Plätze und sind selbst bestrebt, Geistesfranke an die Heil- und Pflegeanstalten abzugeben. Den anerkennenden Worten des Abg. Dieterle über die Privatanstalten kann sich die Regierung nur anschließen. Wenn von ihnen Wünsche geäußert werden, wird ihnen tunlichst entgegengekommen werden. — Das Budget wurde angenommen, ferner ein Antrag der Budgetkommission, dahin lautend:

Die Petition der Stadtgemeinde Adelsheim, Errichtung einer neuen Irrenanstalt in Baden betreffend, wird in dem Sinne empfehlend der Großh. Regierung überwiesen, daß das badische Hinterland, wenn wieder eine Heil- und Pflegeanstalt errichtet werden soll, in erster Linie berücksichtigt werden soll.

Das Budget des polizeilichen Arbeitshauses wurde debattelos genehmigt. — Zu Beginn der Dienstagssitzung gab der Präsident den Einlauf eines Schreibens des Präsidenten des Großh. Staatsministeriums mit einer Zuschrift des Großh. Luxemburgischen Staatsministers bekannt, worin dieser den Dank des luxemburgischen Volkes und der luxemburgischen Regierung für die seitens der beiden Kammern der badischen Ständeversammlungen aus Anlaß des Ablebens weiland Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Luxemburg kundgegebene Teilnahme zum Ausdruck bringt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Die warme Anteilnahme der beiden Kammern der badischen Ständeversammlung an dem Hinscheiden Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs Wilhelm, so wie sie in den herzlichen Worten der Herren Vorsitzenden ihren Ausdruck gefunden hat, ist von der luxemburgischen Bevölkerung tief empfunden worden. Eure Erzellenz darf ich ergebene bitten, den beiden hohen Kammern den innig aufrichtigen Dank des luxemburger Volkes und der Großh. Regierung geneigtest übermitteln zu wollen.“

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten, die folgendermaßen lautete: Berichte der Budgetkommission und Beratung über das Budget Großh. Ministeriums des Innern für 1912 und 1913 und zwar: a. Ausgabe Titel XIV, Einnahme Titel VII: Landesstatistik, Ausgabe Titel XV, Einnahme Titel VIII: Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze. Den Bericht der Budgetkommission zu den Titeln Landesstatistik und Gewerbeaufsicht erstattete der Abg. Neuhaus (Zentr.). Daraus sei kurz folgendes hervorgehoben: Zum Landesstatistischen Amt seien keinerlei Bemerkungen zu machen. Dasjenige Amt sei wohl auch das beste, von dem man am wenigsten spricht. Der Stand der Kunstgewerbeschule in Pforzheim ist ein guter. Der Besuch der Baugewerkschule in Karlsruhe hat etwas abgenommen. Die Schreinerchule in Furtwangen macht gute Fortschritte. Die Gewerbeschulen haben sich gut entwickelt; sie zählen jetzt 11 890 Schüler und wirken sehr gut zum Wohle des Handwerks. Die gewerblichen Fortbildungsschulen zählten 1910 2880 Schüler. Im Aufblühen sind die Handelsschulen. Im allgemeinen war Mangel an geeigneten Lehrkräften. Hoffentlich werden für das Landesgewerbeamt auf dem Bauplatz zwischen Ettlingerstraße und Veierheimer Allee entsprechende Räume geschaffen werden. Für das neue Landesgewerbeamt seien zu beschaffen eine Bibliothek und Lesehalle; ferner Räume, in denen sich der Handwerker Rat und Auskunft holen kann; Räume für die Meisterprüfungen, für Vorträge. Der Kernpunkt der ganzen Einrichtung ist die günstige Gestaltung der

(Mit einer Landtagsbeilage.)

Räume für eine ständige Ausstellung. Wie nun diese ständige Ausstellung zu gestalten sein wird, das ist eine außerordentlich schwere und kritische Frage. Die Wünsche werden da unter Umständen sehr weit auseinandergehen. Ein technologisches Museum soll geschaffen werden als Stätte der Belehrung, wie die einzelnen Produkte hergestellt werden. Die Frequenz der Landesgewerbebibliothek hat erheblich zugenommen, so daß wohl im nächsten Etat mit einer Vermehrung des Personals gerechnet werden muß. Die Aufwendungen zur Förderung des Gewerbes sind die beste Mittelstandspolitik. Baden läßt sich hierin von keinem anderen Staate übertreffen. Im Lehrlingswesen ist eine Besserung eingetreten. Es ist nun die Zeit gekommen, wo auch jene, die die Berechtigung zum Einjährigen haben, den Mut haben müssen, in das Handwerk einzutreten. An Arbeit fehlt es weniger, als an entsprechendem Gewinn. Im Jahre 1913 am 1. Oktober wird der Befähigungsnachweis auch für die weiblichen Handwerker uneingeschränkt in Kraft treten. Es ist zu hoffen, daß die Regierung bei Durchführung der Bestimmungen auf die bestehenden Verhältnisse weitgehend Rücksicht nimmt. Der Antrag der Kommission geht auf Genehmigung des Budgets. Eine Petition der Gewerbelehrer soll in dem Sinne zur Kenntnisnahme überwiesen werden, daß Fachlehrer nur soweit zur Anstellung kommen, als es unbedingt notwendig erscheint. — Am Mittwoch war ein Antrag der Abg. Vogel, Odenwald, Schmid-Singen, Schmidt-Karlsruhe, Görlicher und Benedey eingegangen dahinlautend:

„Die Unterzeichneten beantragen in Titel XV § 26 „Für Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens“ die Ausgabe von 10 000 M. auf den früheren Satz von 15 000 M. zu erhöhen.“

In der Mittwochssitzung ergriff der Minister des Innern Freiherr von Bodman, das Wort zu einer längeren Rede. Der Minister dankte zunächst für die von dem Berichterstatter und den anderen Rednern zum Ausdruck gebrachte Anerkennung der Tätigkeit des Landesstatistischen Amtes. Von Interesse dürfte sein, daß wir uns bei der Verarbeitung der Resultate der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 des elektrischen Zählverfahrens bedienen haben und daß uns dieses elektrische Zählverfahren eine Zeiterparnis von drei Monaten gebracht hat, so daß das Personal drei Monate früher als sonst für andere Arbeiten verfügbar geworden ist, was natürlich auch eine Kostenersparnis bedeutet. Zu Titel XV des Voranschlags „Für Förderung der Gewerbe“ darf mit Befriedigung festgestellt werden, daß allseits anerkannt wurde, unser Erwerbsleben in Gewerbe, Handel und Industrie bewegte sich in aufsteigender Richtung. Es ist zu hoffen, daß diese Bewegung anhalten und daß insbesondere auch die schwere Erschütterung, die uns der englische und der deutsche Kohlenstreik bringt, ohne allzuempfindliche Schädigungen überwinden werden. Wer für diese Erschütterung verantwortlich ist, hat sich mit schwerer Schuld beladen. Die Ursachen dieser aufsteigenden Bewegung liegen zunächst in der Tüchtigkeit unserer Unternehmer, ihrer Angestellten und ihrer Arbeiter. Denn vor allem muß ja die eigene Tätigkeit der Gewerbetreibenden einsehen; die Selbsthilfe ist die erste Voraussetzung einer günstigen Entwicklung. Was aber die Staatshilfe betrifft, so ist es zunächst das Reich, welches hier helfen kann und hilft. Schon die Tatsache, daß die Kraft unseres deutschen Volkes, von dem unser badisches Volk ja nur einen kleinen Teil bildet, zusammengefaßt ist in einem machtvollen Staatswesen, im Reich, und daß dieses Reich seine schützende Hand über das Erwerbsleben des Volkes hält, schon diese Tatsache bedeutet ja die mächtigste Förderung dieses Erwerbslebens. Durch die starke Wehr des Reiches sind wir in der Lage gewesen, über 40 Jahre lang den Frieden zu erhalten, ohne den eine gedeihliche Entwicklung des Erwerbslebens nicht möglich ist. Das Reich hat aber auch durch seine Zollpolitik Handel, Gewerbe, Handwerk und Industrie geschützt und hat gleichzeitig der Landwirtschaft denjenigen Schutz verliehen, der sie lauffähig macht und dadurch den anderen Zweigen unseres Erwerbslebens Abnehmer sichert. Auch der Einzelstaat, speziell unser Staat, kann ja auf dem Gebiete der Gewerbeförderung manches tun, und die Zahlen unseres Budgets zeigen, daß zur Förderung des Gewerbes nicht nur schöne Worte gebraucht, sondern daß mit Zustimmung der Stände auch erhebliche Geldmittel für diesen Zweck aufgewendet werden, haben wir doch über anderthalb Millionen in Titel XV unseres Budgets „Für Förderung der Gewerbe“ vorgezogen. Durch langfristige Handelsverträge muß dem gesamten Erwerbsleben eine feste Grundlage für seine Kalkulationen, für seine Unternehmungen gegeben werden. Es muß diesem Erwerbsleben ein genügender Schutz gewährt werden und es muß alles getan werden, was in unserer Kraft steht, daß das Ausland sich nicht durch Zollschranken von uns abschließt. In dieser Richtung ist auch die Regierung an ihrem Teil tätig, sie wird sich bei der Vorbereitung der neuen Handelsverträge in steter Fühlung mit allen Zweigen des badischen Erwerbslebens und mit den Vertretungen dieses Erwerbslebens halten und wird nach Möglichkeit die Wünsche fördern, die ihr entgegengebracht werden. Was die Förderung des Handwerks betrifft, so liegt diese hauptsächlich auf dem Gebiet der Erziehung; es ist deshalb auch das Gebiet der Erziehung, welches den größeren Teil der Kosten für die Gewerbeförderung in Anspruch nimmt und einen stets wachsenden Aufwand erfordert. Es bedeutet eine Gefahr für unser Erwerbs-

leben, daß so viele Tausende, ja Millionen von Mitbürgern in unselbständiger und in einseitiger Weise beschäftigt werden. Aber, wenn gesagt worden ist, es werde nach Einführung der Maschinen nur noch Reiche und Arme geben, weshalb man die Maschinen zerbrechen solle, so trifft das einmal nicht ganz zu und sodann darf doch nicht vergessen werden, daß wir die wachsende Bevölkerung nicht ernähren könnten, wenn wir in den alten Lebensformen beharren würden. Es muß bei der ganzen Gesetzgebung und Verwaltung stets das Bewußtsein festgehalten werden, daß wir ein rasch wachsendes Volk sind und daß wir die Möglichkeiten der Ernährung für diese neuzugewandten Mitbürger schaffen müssen, und da ist eben gerade die Industrie mit ihrer Wertverwertung der Maschinen und mit ihrer Wertverwertung der Elementarkräfte von der allergrößten Bedeutung, und deshalb ist auch die Ausbreitung der Elektrizität über unser Land und die Wertverwertung der Wasserkräfte zur Erzeugung von Elektrizität eine Frage von der allergrößten Bedeutung für die ganze Zukunft unseres Landes. Es ist auch nicht ganz richtig, wenn gesagt wird, daß in der Industrie durchweg eine einseitige Beschäftigung des einzelnen Arbeiters stattfindet. Gewiß findet sie in großem Umfange statt, und manchmal kann man bei der Beobachtung solcher Arbeit über die Verwüstung erschrecken, die sie im Geistesleben anzustellen vermag. Aber wir haben ja bei unserem gemeinsamen Ausflug nach Mannheim, der sehr lehrreich gewesen ist, schon gesehen, daß keineswegs alle Arbeiter einseitig beschäftigt sind. Die Besucher haben namentlich am Nachmittage jenes Tages gesehen, wie vielfach das Gegenteil der Fall ist, und man darf doch auch nicht vergessen, daß auch in dem Betriebe, den wir am Vormittag gesehen haben, die Arbeiter aufsteigen, daß die große Zahl der Meister nicht nur eine höhere soziale Schicht bilden — es handelt sich um Einkommen bis zu 4000 M. —, sondern, daß sie auch einen größeren und vielseitigeren Wirkungskreis bekommen. Der Arbeiter hat also diese Aussicht vor sich; in den großen Betrieben wird er auch durch Prämien zu Erfindungen, zu Verbesserungen an seinen Maschinen und dadurch auch zu Gedankenarbeit angeregt. Und im übrigen muß es doch auch das Selbstbewußtsein des einfachsten Arbeiters heben und stärken, wenn er das Schlußresultat zwar nicht als das seiner Hände allein vor sich sieht, sondern als das vieler Hände, aber in einer großen und sinnreichen Maschine doch ein Schlußresultat vor sich sieht, welches Bewunderung nicht nur ihm, sondern der Allgemeinheit abnötigt und welches der Allgemeinheit dient. Er darf sich sagen, daß er an dieser Arbeit mitgewirkt hat, und er darf sich weiter sagen, daß er dadurch mitgewirkt hat an der Erfüllung der großen Aufgabe, durch das Erwerbsleben die Gesamtheit aufrecht zu erhalten und vorwärts zu bringen. Es müßte für jeden Arbeiterfreund eine Hauptaufgabe sein, auch beim Fabrikarbeiter die Freude an der Arbeit, die Freude an seinem Beruf zu fördern und zu erhalten, nicht sie zu trüben und zu knien. — Der Berichterstatter hatte hinsichtlich des Lehrlingswesens seine Befriedigung über die Neuregelung der Verhältnisse der Lehrwerkstätten ausgesprochen. Diese Neuregelung besteht darin, daß dem einzelnen Lehrherrn nur ein einzelner Lehrling zugewiesen wird, und daß so die Wohltat dieser Beihilfe sich über einen viel größeren Kreis von Arbeitgebern als bisher ausdehnt, daß aber auch der Ausbildung des Lehrlings eine viel größere Sorgfalt zugewendet werden kann, als das geschehen kann, wenn mehrere Lehrlinge gleichzeitig ausgebildet werden. Für den einzelnen Lehrling wird eine Summe von 200—250 M. ausgegeben. Dies kommt dann allerdings mittelbar auch dem Lehrling zugute, indem auch in den Berufen, wo jetzt noch Lehrgeld erhoben wird, infolge dieser Beihilfe ein Lehrgeld nicht erhoben zu werden braucht. Den Meistern ist unter anderem auch die Bedingung gemacht, daß sie die Lehrlinge bei sich in Kost und Wohnung haben, womit einem Wünsche Rechnung getragen ist, der von anderer Seite hier ausgesprochen worden ist. Der Lehrling soll in der Säuslichkeit seines Lehrherrn bleiben und soll damit auch eine Erziehung erhalten in den Stunden, in denen er nicht in der Werkstätte beschäftigt ist. Was das Baugewerbe anbelangt, so liegt es nicht überall, aber an vielen Orten in der Tat noch darnieder. Es ist wohl auf diesen schlechten Geschäftsstand im Baugewerbe, und nicht auf andere Ursachen zurückzuführen, daß auch der Zugang zu unserer Baugewerkschule ein geringerer ist. Eine Förderung des Baugewerbes ist nun als erwünscht bezeichnet worden einmal dadurch, daß man die Beschaffung der zweiten Hypotheken erleichtert. In dieser Beziehung ist die Regierung den Bestrebungen der Städte entgegengekommen und wird weitere Anregungen in dieser Beziehung stets wohlwollend prüfen. Weiter war in der Debatte von der Möglichkeit einer Förderung des Baugewerbes dadurch gesprochen worden, daß man den zweiten Teil des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen in Kraft treten lasse, und es wurde die Frage gestellt, wie sich die Regierung dazu stelle. Vom Herrn Berichterstatter ist schon hervorgehoben worden, daß noch in keinem deutschen Bundesstaat dieser zweite Teil des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen eingeführt ist. Es spricht das schon dafür, daß manche Bedenken seiner Einführung entgegenstehen. An die Regierung ist eine Anregung, diesen Teil des Gesetzes durch landesherrliche Verordnung in Kraft zu setzen, vonseiten des Ausschusses der gewerblichen Vereinigungen des Bauhandwerks in Karlsruhe herange-

treten. Die Regierung hat die verschiedenen sonstigen Faktoren darüber gehört, und die haben sich alle gegen die Ausführung ausgesprochen. Die Bedenken, die das Ministerium hat, sind die, daß durch die Einführung der Bestimmungen des zweiten Teils des Gesetzes das Bauen erschwert, verteuert, verzögert wird, daß die Gefahr besteht, daß gerade die kleinen Bauunternehmer den Bestimmungen des Gesetzes nicht genügen können, daß sie Schwierigkeiten haben werden, das Baugeld zu beschaffen, und daß dann das Baugewerbe noch mehr, als dies schon bisher der Fall ist, in die Hände des Großkapitals übergehen wird. Das Ministerium ist deshalb der Ansicht, daß diese Bestimmungen nur da in Kraft zu setzen sind, wo wirklich ein erheblicher Bauaufschwung nachgewiesen ist. Und das ist glücklicherweise in unserem Lande bisher noch in keiner der größeren Städte der Fall. Das Ministerium hat aber die Bezirksämter auf die anderen Bestimmungen des Gesetzes aufmerksam gemacht und aufgefordert, diese Bestimmungen scharf zu handhaben. Und da ist es vor allem die Bestimmungen über die Führung des Baubuches, welche in Betracht kommt. Die Regierung hat ferner die Handwerkskammer ersucht, ihrerseits ein wachsameres Auge auf die Zustände im Baugewerbe zu haben und alle Vorgänge, die zu einem befürchteten Einschreiten Anlaß geben können, zur Kenntnis der Bezirksämter zu bringen, und ein ähnliches Erjuden ist auch an Staatsanwaltschaften ergangen. Wenn in der Debatte Klagen bezüglich des Submissionswesens hervorgetreten sind, so beziehen sie sich meist nicht auf die Bestimmungen, sondern auf ihre Handhabung. Dasjenige, was aus anderen Geschäftszweigen an Beschwerden vorgetragen ist, wird an die betreffenden Adressen geleitet werden. In der Debatte wurde darüber Klage geführt, daß die Handwerkervereinigungen nicht genügend beim Wettbewerb berücksichtigt werden. Demgegenüber ist auf die neuerlichen Bestimmungen des Finanzministeriums hinzuweisen, in welchen ausdrücklich gesagt ist, daß die Verbindung an Handwerkervereinigungen nicht nur zulässig ist, sondern daß sie empfohlen wird. Der Anregung, den Zuschuß für die Handwerkskammer auf 30 000 M. zu erhöhen, kann nicht entsprochen werden. Es ist ein verhältnismäßig erheblicher Zuschuß, den die Regierung den Handwerkskammern gewährt, wenn man die Leistungen anderer Bundesstaaten damit vergleicht. Was die Förderung des Genossenschaftswesens und den Antrag des Abg. Vogel-Mannheim und Gen. anbelangt, so ist richtig, daß seit dem Jahre 1909 kein Genossenschaftskurs abgehalten wurde. Dagegen ist ein solcher für 1912 in Aussicht genommen. Der Unterricht an der Baugewerkschule erstreckt sich, was bezweifelt worden war, in der Tat auch auf das Genossenschaftswesen. Der Unterricht ist und war auch früher so gestaltet, daß das Genossenschaftswesen bei drei verschiedenen Gelegenheiten behandelt wird, nämlich bei der Erörterung der Arbeiterfrage, bei der Erörterung der Landwirtschaft und am eingehendsten bei der Erörterung der Handwerkerfragen. Was die technische Seite des Genossenschaftswesens betrifft, so wird darin allerdings ein eingehender Unterricht nicht erteilt, sondern es werden die Bewerberkandidaten darauf aufmerksam gemacht, daß sie späterhin sich in allen derartigen technisch-genossenschaftlichen Fragen beim Landesgewerbeamt oder beim Verband der Handwerker-Genossenschaften Rat erholen können. Weiterzugehen verbietet sich durch den Rahmen der Schule, durch die Zeit und durch die Aufgaben, die der Schule gegeben sind. Wenn beklagt worden ist, daß die Regierung die Mittel gemindert habe, die „für Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens“ eingestellt wurden, so ist zu bemerken, daß wir in der vorigen Budgetperiode von den 24 000 M., die damals eingestellt waren, nur rund 16 000 M. gebraucht haben. Richtig ist, was der Abgeordnete Vogel-Mannheim gesagt hat, daß es zwar Aufgabe der Regierung ist, durch Gewährung der Kosten der ersten Einrichtung die Entstehung von solchen Genossenschaften zu fördern, daß es aber nicht ihre Aufgabe sein kann, den Genossenschaften die Kosten des Betriebes ganz oder teilweise abzunehmen, sondern daß da die Selbsthilfe einlegen muß. Die Regierung begrüßt die Entstehung von Genossenschaften, aber nur da, wo auch die Voraussetzungen für ihre gesunde Entwicklung in persönlicher und finanzieller Beziehung vorhanden sind, und deshalb genügt es, daß die Regierung nur die Kosten der ersten Einrichtung übernimmt. Sicherlich werden 20 000 M. für die Budgetperiode ausreichen; es ist also nicht notwendig, die Forderung zu erhöhen. Der Minister ersuchte den Abg. Vogel, seinen Antrag nicht anrecht zu erhalten wenn er ihn aber aufrecht erhalte, bitte er das Hohe Haus ihm nicht zuzustimmen. Dem Wunsche, eine zweite Baugewerkschule in Mannheim oder überhaupt eine zweite Baugewerkschule zu errichten, kann nicht zugestimmt werden. Dagegen soll die Errichtung von Bauhandwerkerkammern durch Ausbau der Gewerbeschulen gefördert werden. Ein Sachverständigenbeirat bei Submissionen, der eine ständige Institution darstellen soll, die bei allen Vergebungen beigezogen wird, ist nicht durchführbar. Wenn man die Sachverständigen in geringerem Umfange zu den Arbeiten heranzieht, so ist die Sachlage eine etwas andere; in dieser Beziehung wird die Frage nochmals geprüft werden. Der Minister sprach wie früher, so auch in diesem Jahre seine warme Anerkennung für den Präsidenten des Verbandes der Handwerkervereinigungen, den Herrn Gemeinderat Niederbühl in Pfaffat, aus und schloß mit dem Wunsche, daß die Regierung und die Stände auch fernerhin zusammenarbeiten mögen zum

Wohle des Gewerbestandes, insbesondere zum Wohle der schwächeren Zweige des Gewerbestandes, also des Handwerks und des Kleinhandels, die der fortwährenden Förderung bedürfen. Die Rede wurde auf allen Seiten des Hauses mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — In der Sitzung vom Donnerstag kam der sozialdemokratische Abg. Willi auf die Jugendorganisationen zu sprechen: vor einiger Zeit sei in der Karlsruher Gewerbeschule den Schülern durch die Lehrer mitgeteilt worden, daß es Schülern bei Schulstrafen verboten sei, der kürzlich gegründeten „Freien Jugend“ anzugehören. Die von einem Freunde der Organisation angestellten Nachforschungen hätten ergeben, daß sich diese Androhung auf Erlasse des Landesgewerbeamtes aus den Jahren 1908 und 1911 stütze. Das Landesgewerbeamt bezeichne die Organisation als eine politische, der nach einer Bestimmung des Vereinsgesetzes Mitglieder unter 18 Jahren nicht angehören dürfen. Nach dem Statut der Organisation ergebe sich aber, daß in derselben jede politische Tätigkeit ausgeschlossen sei. Der Minister des Innern antwortete darauf: Gegen den erwähnten Erlaß ist eine Beschwerde gegen das Landesgewerbeamt an dessen vorgesetzte Behörde, das Ministerium des Innern, nicht erhoben worden. Der Minister führte dann u. a. wörtlich aus:

„Die Verfügung des hiesigen Gewerbeamtes ist dadurch veranlaßt worden, daß Schüler der Gewerbeschule eine Flugschrift, betitelt: „Gehört du zu uns? Eine Rede an einen jungen Arbeiter“ von Heinrich Schulz mit in die Schule gebracht und dort verbreitet haben. Diese Schrift ist gedruckt in der Buchhandlung „Vorwärts“, Paul Singer, G. m. b. H., und ist ganz ungewiss, ob sie sozialdemokratische Schrift. Nun ist in § 17 der Schulordnung für die Gewerbeschulen, erlassen vom Groß-Landesgewerbeamt, bestimmt, daß die Bildung von Vereinen zu irgendwelchen Zwecken unter den Schülern sowie die Veranstaltung von Sammlungen unter denselben untersagt ist, und im zweiten Satz heißt es dann: „Die Beteiligung der Schüler an anderen Vereinen ist nur insoweit gestattet, als durch sie eine Vereinträchtigung des Zieles der Schule nicht zu befürchten steht.“ Es handelt sich hier um die Anwendung des zweiten Satzes, denn diese Jugendorganisation, von der gesprochen wird, ist ja nicht ein Verein der Schüler der Gewerbeschule, sondern ist ein anderer Verein, dem auch Schüler der Gewerbeschule angehören. Und da muß ich sagen, bin ich auch der Ansicht, daß, wenn Schüler der Gewerbeschule im Auftrage eines Vereins oder infolge ihrer Zugehörigkeit zum Verein — wie das anzunehmen ist und natürlich zu unteruchen sein würde, wenn es sich um eine Beschwerde handelte — eine sozialdemokratische Schrift verbreiten, durch die Zugehörigkeit der Schüler zu diesem Verein eine Vereinträchtigung des Zieles der Schule zu befürchten steht. Es könnte also gegenüber der Verfügung des hiesigen Gewerbeamtes dahingestellt bleiben, ob die „Freie Jugendorganisation“ wirklich ein politischer Verein ist, was zu unteruchen Sache der Verwaltungsbehörde wäre; Sache der Schulbehörde und Sache ihrer Aufsichtsbehörde ist es jedenfalls, darüber zu wachen, daß die Schulordnung eingehalten wird. Was aber die Frage betrifft, ob diese Jugendorganisation hier ein politischer Verein ist, so spricht eigentlich die Rede des Herrn Abg. Willi in ihrem Schluß dafür, daß dieser Verein ein politischer Verein ist. Wenn Sie mich erlauben, zu unteruchen, ob diese Jugendorganisationen politische Vereine sind, und wenn ich dabei zu dem Ergebnis gelange, daß sie politische Vereine sind, dann nötigen Sie mich auch, die Bestimmungen des Vereinsgesetzes zu handhaben, daß jugendliche Personen einem solchen Verein nicht angehören dürfen, und daraus die Konsequenzen zu ziehen; denn ich bin verpflichtet das Gesetz zu handhaben. Der Herr Abg. Willi hat, und das ist die Hauptsache, gesagt, es sei Ihre (der Sozialdemokraten) Absicht, die Jugend zu erziehen zum Sozialismus und zum Klassenkampf, und wenn das Ihre Absicht ist und wenn das der Zweck dieses Vereins „Freie Jugendorganisation“ ist, und wenn auch der Herr Abg. Willi, der von dieser Absicht, die Jugend zum Sozialismus und zum Klassenkampf zu erziehen, erfüllt ist und diese Absicht hier mit erheblicher Stimme verkündet hat, dort Wortgehalte gehalten hat, so ergibt sich daraus die Annahme, daß der Verein bezweckt, seine Mitglieder heranzubilden für eine bestimmte politische Partei. Nun liegen gerichtliche Entscheidungen vor, die gerade deshalb in diesen sozialdemokratischen Jugendorganisationen politische Vereine erbliden, weil sie bestimmt sind, ihre Mitglieder zu Mitgliedern einer bestimmten politischen Partei heranzuziehen, und die darin das finden, was das Vereinsgesetz als Kriterium des politischen Vereins bezeichnet, nämlich daß der Verein eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt. Diese Zweckbestimmung könne auch dann angenommen werden, wenn der Verein nicht unmittelbar die Einwirkung bezweckt, sondern wenn er sie nur dadurch bezweckt, daß er seine Mitglieder zu Mitgliedern einer bestimmten politischen Partei erzieht. Es liegen aber auch gerichtliche Entscheidungen vor, die einen anderen Standpunkt einnehmen, und gerade, weil dies der Fall ist, habe ich es bisher nicht für geboten gehalten, dem Wesen dieser Jugendorganisation näher auf den Grund zu gehen, es zum Gegenstand politischer Erhebungen zu machen, zumal die Frage sehr nahe liegt, ob nicht auch andere Jugendvereine aus demselben Gesichtspunkte heraus als politische Vereine zu betrachten sind. Nachdem Sie mich nunmehr vor die Frage gestellt haben, werde ich selbstredend ihr erneut meine Aufmerksamkeit zuwenden und dasjenige tun, was ich kraft meiner Stellung und meiner Verpflichtung, dem Gesetze gehorsam zu sein, zu tun für meine Schuldigkeit halte.“

In derselben Sitzung beantwortete Ministerialrat Dr. Schneider einzelne in der Debatte laut gewordene Anfragen. Bezüglich der Handelsjahrschule ist zwischen der Regierung und den Städten eine Einigung erzielt worden. Die Handelsjahrschule soll als Ersatz für die Pflichthandelschule angesehen werden, wenn der Absolvent der ersteren noch zwei Jahre die Pflichthandelschule besucht, da der Unterricht der Handelsjahrschule anderthalb Jahre dauert. Die finanzielle Seite dieser Angelegenheit soll neu geregelt werden. Bezüglich des Arbeitsnachweises ist erstrebenswert, alle bestehenden Nachweise dem öffentlichen Nachweis anzugliedern. Der Direktor des Landesgewerbeamtes, Geh. Oberregierungsrat Cron, kam gleichfalls auf einzelne in der Debatte geäußerte Wünsche zu sprechen. Bezüglich der Schwarzwaldbühnen wies er darauf hin, daß dieselbe in der Hauptsache sich früher mit dem Schneiden von Uhrenschildein beschäftigt, sich aber neuerdings mit Erfolg auch anderen Gegenständen zugewendet hat. Die Regierung ist gern bereit, einen Wettbewerb unter den Schätzern, der in der Debatte gewünscht wurde, zu veranstalten. An der Schnitzerschule in Furtwangen wird

neben dem neuen auch der alte Stil gelehrt. Die Schwarzwaldbühnenausstellung ist vom deutschen Kunstgewerbeverein angeregt worden. Eine tatkräftige Unterstützung wird ihr vom Freiburger Trachtenverein zuteil werden. Die Ausstellung wird das hervorragendste der Schwarzwaldbühnen in sich vereinigen. Sie wird in Furtwangen zusammengestellt, kommt dann nach Freiburg, später nach Karlsruhe und tritt dann erst ihre Reise nach Norddeutschland an. — In der Sitzung vom Freitag wurde die Debatte beendet und das Budget angenommen.

In der Betrachtung der auswärtigen Politik der vergangenen Woche tritt das Attentat auf den König von Italien in den Vordergrund. Der Monarch blieb glücklicherweise unverletzt, dagegen wurde einer der ihn begleitenden Offiziere von einer der Kugeln des Täters getroffen. Nicht allein in Italien, sondern auch im Ausland, und hier mit an erster Stelle in Deutschland, hat die verabscheuungswürdige Tat erneut die lebhaftesten Sympathien für den Monarchen geweckt. Unter den deutschen Fürsten hat auch der Großherzog von Baden seine herzliche Teilnahme telegraphisch übermittelt, und dem Empfinden des gesamten deutschen Volkes gab ein Telegramm des Reichstags beredten Ausdruck. — Im italienisch-türkischen Kriege erwartet man einen neuen Schlag der italienischen Flotte, und zwar einen Angriff auf die Eingangspforte der Dardanellen. Auf dem Kriegsschauplatz selbst ist ein weiteres Vordringen der Italiener zu konstatieren, wenn auch die Meldungen über in den letzten Tagen recht energische Zusammenstöße nicht immer völlig zuverlässig erscheinen.

Deutsches Reich.

* Zur Deckungsfrage

teilt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit, daß die Wiederaufnahme der Erbschaftsteuer bedenklich erscheine, dagegen soll der Kontingentspiritus der vollen Verbrauchsabgabe unterworfen, also die Liebesabgabe aufgehoben werden. — Zur Deckungsfrage bei den Wehrvorlagen wird dem Wolff-Bureau noch gemeldet: Bei der Wahl der neuen Deckungsmittel mußte entschieden Wert darauf gelegt werden, einen Boden zu finden, auf den sich die Bundesregierungen möglichst einstimmen können. Daß keine neue Belastung von Konsum und Verkehr in Aussicht zu nehmen sei, stand von vornherein fest. Ebensowenig konnte aus bekannten Gründen daran gedacht werden, eine Reichsversicherung oder Reichseinkommensteuer vorzuschlagen. Die Wiederaufnahme der Erbschaftsteuer begegnete Bedenken, die sich aus der gegenwärtigen Zusammenlegung des Reichstages ergeben. Die Stimmung der Parteien ist heute noch nicht von der Erbitterung der letzten Steuerkämpfe soweit befreit, daß eine einseitige Aktion der bürgerlichen Parteien für die bekannten Vorlagen und ihre Deckung möglich erscheint, wenn die Erbschaftsteuer dabei herangezogen wird. Die Aufgabe der Regierung war es nicht, alte Spaltungen aufzureißen, sondern die Parteien bei der vorliegenden nationalen Aufgabe zur gemeinsamen Arbeit zu vereinigen. Dagegen erscheint es jetzt möglich, die Gegnerschaft der politischen Agitation auf anderem Gebiete aus dem Wege zu räumen und die fehlenden Mittel dadurch zu beschaffen, daß man den Kontingentspiritus der vollen Verbrauchsabgabe unterwirft. Die Aussicht, die Zustimmung des Reichstages hierzu zu erhalten, scheint um so größer, als die Aufhebung der viel befehdeten Liebesabgabe die Annäherung der bürgerlichen Parteien sicherlich fördern wird. Auf diesem Wege lassen sich die dringendsten Bedürfnisse der jetzigen Wehrvorlagen befriedigen, ohne daß weitergehenden Wünschen nach späterer qualitativer Verbesserung unseres Steuerhystems vorgegriffen wäre.

* Übersicht

Der Kaiser verlieh dem österreichischen Generalstabschef Schemua das Großkreuz des Roten Adlerordens. Das preussische Abgeordnetenhaus verabschiedete in seiner Sitzung am Freitag den Etat der Zentralgenossenschaftskasse und trat sodann in die Beratung des Kultusetats ein. Ein Zentrumsredner verlangte auf dem Gebiete der Volksschule ein Zusammenwirken von Staat und Kirche. Ein nationalliberaler Redner hob hervor, daß die Schule nach der Verfassung eine Veranstaltung des Staates sei, an der seine Partei nicht rütteln lassen werde. Eine Verstaatlichung der Volksschule würde seine Partei sehr bedauern. Ein freikonservativer Redner wandte sich gegen die Errichtung einer Universität in Frankfurt. In Betreff der Volksschule erwarte seine Partei die Befestigung der geistlichen Schulaufsicht. Dieser Forderung schloß sich auch der nachfolgende fortschrittliche Redner an. Redner sprach den Wunsch aus, daß die Regerverordnungen in der evangelischen Kirche endlich aufhören müßten im Interesse des Ansehens von Kirche und Staat.

In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses erklärte gestern Minister von Breitenbach, die Eisenbahnen seien noch 78 Wochen mit Kohlen voll versorgt.

Wie die „Straßburger Korrespondenz“ mitteilt, ist auf Grund der Bestimmung in § 2 des Gesetzes über die

Presse vom 8. August 1898 die Verbreitung der in Paris erscheinenden Zeitung „L'Asocien-Lorrain de Paris“ in Elsaß-Lothringen verboten worden.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 16. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog ist im Laufe des Vormittags nach Schloß Berg in Luxemburg zu kurzem Aufenthalt abgereist.

** Ein gewisser Percy Zimmermann in San Domingo, der sich als Kaufmann und Plantagenbesitzer ausgibt, sucht in letzter Zeit durch Annoncen in deutschen Zeitungen junge Leute nach San Domingo zu engagieren. Zimmermann gilt als Schwindler und ist erst vor einigen Monaten aus dem Gefängnis entlassen worden. Da seinem Treiben vermutlich keine guten Absichten zugrunde liegen, so ist vor ihm zu warnen.

** Das Ministerium des Innern hat die Groß-Bezirksämter ermächtigt, den Transport von Schafherden von einer Weide zur anderen zu Fuß auf Ansuchen zu gestatten, wenn der Herkunftsort sowie das Gebiet, das von dem Transport berührt wird, und der Bestimmungsort frei von Maul- und Klauenseuche sind.

Heidelberg, 16. März. Das „Heidelberger Tagblatt“ veröffentlicht heute einen Aufruf zur Sammlung einer Heidelberger Spende für einen deutschen Flugapparat. Die gesamte Sammlung soll dem Kaiser überreicht werden mit der Bitte, daß aus ihr ein Flugapparat beschafft werden möge, der womöglich den Namen „Heidelberg“ trägt. Die Heidelberger Spende soll eine Gabe des Bürgertums sein und andere Städte des Reiches zu gleichem Tun ermuntern. Bereits am ersten Tage sind aus allen Kreisen der Bevölkerung Spenden im Gesamtbetrage von über 10 000 M. gesammelt worden.

Historischer Tageskalender für Karlsruhe.

17. März:

1844 Grundsteinlegung zum Militärhospital.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 16. März. Nachdem am Donnerstag die Besprechung des Reichskanzlers mit den einzelstaatlichen Ministern stattgefunden hatte, reichte der Staatssekretär des Reichsjahamts, Bermuth, Freitag vormittag sein Entlassungsgesuch ein. Dasselbe wurde vom Kaiser genehmigt und der Unterstaatssekretär im Reichsjahamtsamt, Kühn, zum Nachfolger Bermuths ernannt.

Berlin, 14. März. In Charian, auf dem türkisch-italienischen Kriegsschauplatz, ist nach einer telegraphischen Nachricht des Chefarztes des Mitglied der deutschen Tripolisexpedition vom Roten Kreuz, Kandidat med. Dufstein an Typhus gestorben. Den beiden anderen vom Typhus befallenen Mitgliedern geht es erheblich besser.

Bochum, 16. März. Im Revier Bochum flaut der Streik weiter ab; in den nicht militärisch besetzten Bezirken der Polizeidirektion Bochum sowie des Landkreises Bochum sind heute 4045 Mann mehr eingefahren als gestern, wo die Zunahme der Arbeitswilligen 2000 betrug. Die Zahl der arbeitenden Bergleute in diesen beiden Bezirken hat sich demnach gestern und heute um rund 6000 erhöht.

Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Voller Freude

teilen wir Ihnen mit, daß unser Otto jetzt ganz allein läuft. Wir hatten anfangs des Jahres nicht gedacht, daß unser Kind noch zum Laufen käme, denn es vermochte damals, 1 1/2 Jahre alt, noch nicht sich ohne Hilfe aufzurichten. Besorgt um das Kind, gaben wir ihm eine Zeitlang Ihr bekanntes Kinderkräftigungsmittel

SCOTT'S Emulsion

und konnten in der Tat bald merken, daß Otto allmählich zu Kräften kam. Wir sahen deutlich, wie seine Knochen kräftiger wurden; der Appetit wurde vorzüglich und das Aussehen des Kleinen von Woche zu Woche frischer. Sobald er sich seiner Kraft bewußt war, begann er seine Gephyrsuche. Heute läuft er munter umher und nimmt seine Scott's Emulsion gerade so gern wie am Anfang.

(Gek.) I. Schreiber, Arzt bei Dohle, Adern, 29. Sept. 1910.

Wenn Einkauf verlange man ausdrücklich Scott's Emulsion. Es ist die Marke „Scott“, welche seit über 30 Jahren eingeführt, für die Güte und Wirkung bürgt.

Scott's Emulsion wird von uns ausschließlich in großen Verkauf, und zwar nie lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in hergestellten Originalflaschen in Karton mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Fisch). Scott & Böhme, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestandteile: Reiner Weibsel-Beibetran 150,0, prima Olivenöl 50,0, unterhochkonzentriertes Kalziumphosphat 2,0, unterhochkonzentriertes Natriumphosphat 2,0, unterhochkonzentriertes Eisenphosphat 2,0, unterhochkonzentriertes Magnesiumphosphat 2,0, unterhochkonzentriertes Kalziumphosphat 2,0, unterhochkonzentriertes Natriumphosphat 2,0, unterhochkonzentriertes Eisenphosphat 2,0, unterhochkonzentriertes Magnesiumphosphat 2,0. Hierzu aromatische Emulsion mit Jod, Mandel- und Quillquersäure je 2 Tropfen.

En gros. Julius Strauß, Karlsruhe. En détail. Größtes Spezialgeschäft in Verkaufartikeln, aller Arten Befestigungsmitteln, Passamentieren, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handschuhen, Strümpfen, Krawatten, Fächern, Sport-Adren, Mützen. Ständiger Eingang von Neuheiten. — Telefon 372. Blumen, Unterröcke usw. sehr preiswert. C. 44

dortigen Verhältnisse und der daraus entspringenden Verbitterung. Wenn politische Momente hier in Betracht kämen, so sei dies die Politik des schwarz-blauen Bloks und die Finanzreform. Die Auskunft der Regierung über die Stimmung im Bergbaugebiet bezeichnet der Redner für unzulänglich. Sollten die Arbeiter auch diesmal leer ausgehen, so würde der vierte Bergarbeiterstreik nicht lange auf sich warten lassen.

Nachdem sich der Abgeordnete Berner namens der Reformpartei gegen den ungesegneten Zwang der Arbeitswilligen ausgesprochen hatte, vertagte sich das Haus auf Samstag 11 Uhr. Weiterberatung.

* Das Attentat auf den König von Italien.

Der Großherzog von Baden brachte in einem Telegramm an den König von Italien seine warme Teilnahme an dem Attentat zum Ausdruck, worauf der König in einem herzlichen Antworttelegramm dankte.

Zu Beginn der Freitagssitzung des Reichstags verlas der Präsident eine Dankdepesche des Präsidenten der italienischen Kammer, Marcora, die in der Übersetzung lautet: Ich mache mich zum getreuen Dolmetsch der Gedanken der italienischen Deputiertenkammer, indem ich Ihnen hierdurch den lebhaftesten Dank für die herzliche Kundgebung des Reichstages anlässlich des löblichen Attentates ausspreche, einer Kundgebung, die die gegenseitigen Gefühle der Sympathie zwischen den beiden Völkern von neuem bekräftigt.

Rom, 16. März. Alle Kinder der höheren und der Volksschulen zogen gestern früh mit ihren Lehrern und Lehrerinnen nach dem Platz vor dem Quirinal, wo sie dem Königspaar stürmische Freudenkundgebungen darbrachten. Der Platz, der ganz mit Kindern, die mit der Nationalfahne geschmückt waren, angefüllt war, bot im hellen Sonnenschein des herrlichen Frühlingstages ein reizendes Bild. Gleich darauf erschien auf dem Platz ein Zug von Bauarbeitern, welche dem Königspaar eine Huldigung des Teils der Arbeiterschaft darbringen wollten, dem der Angreifer angehörte. Ferner begaben sich die städtischen Körperschaften, geführt von dem Bürgermeister Nathan, darunter einige Sozialisten, in das Palais, um den Souverän zu huldigen. Kurz nach dem diese den Quirinal verlassen hatten, erschien der König und die Königin auf dem Balkon des Schlosses, um mit größter Verzichtlichkeit für die Operationen zu danken. Die Königin sagte, sie sei besonders bewegt durch die Kundgebung der Kinder, die sie zärtlich liebe.

Die Huldigungen der Kinder und der Volksmenge waren so stürmisch, daß das Königspaar sich immer wieder auf dem Balkon zeigen mußte, zuletzt auf die Zurufe der Menge mit den königlichen Kindern. Prinz Umberto schwenkte seine Kartonsmütze, die Prinzessinnen winkten mit Taschentüchern. Das Erscheinen der Kinder verdoppelte die allgemeine Begeisterung. Der König ließ die Arbeiter durch einen Adjutanten auf fordern, eine Abordnung zu ihm zu schicken. Vier Vertreter der Arbeiter wurden vom König empfangen, der jedem von ihnen, die in Arbeitskleidern erschienen waren, die Hand drückte. Einer der Arbeiter beteuerte, daß keiner von seinen Kollegen

aus dem Mauererzweige den Urheber des Attentats leime, worauf der König erwiderte, er wisse das. Ein anderer warf sich dem König zu Füßen, um diese zu küssen. Der König hob ihn schnell auf. Beim Abschied schüttelte er nochmals jedem die Hand und sagte, die Kundgebung der Mauerer habe ihn besonders angenehm berührt. Er habe mit Freuden die patriotischen Inschriften auf den Schildern, die sie trugen, bemerkt. Als die Abordnung wieder zu den Kameraden zurückkehrte, wurde sie mit großer Begeisterung begrüßt. Alles drängte sich um sie, um zu erfahren, was der König gesagt hatte. Schließlich zogen die Arbeiter unter Hochrufen ab. Die Kinder folgten ihnen mit Gefang. Der Platz blieb immer noch von einer Menge von Bürgern besetzt, die sich in die aufgeregte Wüste eintrugen.

Turin, 16. März. Die Studenten der Universität veranstalteten gestern eine große Kundgebung zur Errettung des Königs. Sie begaben sich zu den Konsulaten des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns und verlangten unter Hochrufen auf den Dreifund die Hiffung der Fahnen der verbündeten Völker. Die Fahnen wurden unter lebhaftem Beifall gehißt.

Rom, 15. März. In Tripolis veranstalteten Italiener und Araber eine große Kundgebung vor dem Schloß. General Canova erschien auf dem Balkon, um zu danken. Die Rotablen der Araber, die Konsuln, die israelitische Gemeinde und die italienischen und die fremden Korrespondenten haben Canova zu der Errettung des Königspaares ebenfalls ihre Glückwünsche ausgesprochen.

Großherzogtum Baden.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhsetzungen zc.

der etatmäßigen Beamten der Gehaltsklassen H bis K

sowie

Ernennungen, Versetzungen zc.

von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Die Beamteneigenschaft verliehen:

dem Bureaugehilfen Georg Koe bei der Verwaltung der Technischen Hochschule in Karlsruhe.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern.

Zugewiesen:

Verwaltungsaktuar Albert Gurtz in Lörrach, dem Großh. Obergerichtsamte.

Verliehen:

der Charakter als Polizeiergentant dem Schuhmann Adam Werlich in Pforzheim.

Entlassen:

die Schuhmänner: Albert Schmid in Mannheim (auf Ansuchen) und Jakob Sieber in Mannheim.

Großh. Verwaltungshof.

Die Beamteneigenschaft verliehen:

dem Wärter Karl Berger und der Wärterin Marie Stegmüller, beide bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Entlassen auf Ansuchen:

die Wärterinnen: Emma Kleinmann und Frida Reuner, beide bei der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim, sowie Elisabeth Hofmann bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen.

Berufen:

die Finanzassistenten: Oskar Wilhelm Schementau in St. Blasien nach Lahr, Verbas Lang in Dreisbach nach Heidelberg, Albert Schlegel in Offenburg nach Heidelberg und Karl Vogt in Überlingen nach Offenburg;

der Bureaugehilfen: Friedrich Bängele in Mannheim nach Konstanz als Kanzleigehilfe; die Grenzaufer: Friedrich Berger in Eberfingen nach Lörrach und Ferdinand Grimm in Lörrach nach Grimmlshofen;

die Amtsdienere: Jfidor Feinsler beim Hauptsteueramt Mannheim zum Hauptzollamt Mannheim und Theodor Herrmann beim Hauptzollamt Mannheim zum Hauptsteueramt Mannheim.

Zuruhsgesetzt:

der Steuererheber Sales Felber in Pfalldorf auf Ansuchen.

Entlassen:

der Untererheber Xaver Maurer in Wagenstadt auf Ansuchen.

— Staatsbahnverwaltung. —

Etatmäßig angestellt:

als Wagenrevident: Wagenwärter Karl Gasser in Singen.

Vertragsmäßig angese:

als Lokomotivheizer: August Better von Karlsruhe;

als Bahn- und Weichenwärter: Friedrich Vogt von Reidenstein, Martin Alziez, von Gütten.

Berufen:

die Lokomotivführer Otto Freilinger in Mastatt nach Karlsruhe, Joseph Pfeker in Offenburg nach Lahr Stadt;

Reiseverführer Andreas Thome in Karlsruhe nach Mastatt; die Stationswärter Wilhelm Lohholz in Reichentalerstrah: nach Neuenburg, Joseph Rühmann in Neuenburg nach Reichentalerstrah;

die Eisenbahnassistenten: Wilhelm Kornmeyer in Schaffhausen nach Wehrheim, Otto John in Karlsruhe nach Friedrichseld, Ernst Haas in Gallingen nach Donaueschingen, Rudolf Schmitt in Karlsruhe nach Immendingen, Karl Bedke in Karlsruhe nach Miegel, Engelbert Haag in Karlsruhe nach Steinbach, Karl Würfel in Pforzheim nach Königsdach, August Paul in Göttingen nach Konstanz, Albert Schott in Lahr Stadt nach Menden, Joseph Grünwald in Wallburen nach Biberach-Jell, Heinrich Neger in Pforzheim nach Mannheim, Hermann John in Immendingen nach Offenburg;

die Eisenbahngeliefen: Friedrich Blüger in Karlsruhe nach Pforzheim, Anton Schwarz in Karlsruhe nach Mannheim.

Hausfrauen!

Die Zeiten sind schlecht und teuer — da heißt es rechnen und sparen. Auch Sie verwenden wahrscheinlich schon die billigeren Kaffee-Gurrogate anstelle von Bohnenkaffee oder benutzen Sie als Zusatz.

Aber seien Sie vorsichtig!

Es werden jetzt alle möglichen Fabrikate empfohlen, doch alle — sie mögen heißen wie sie wollen — zeigen immer wieder, daß der täglich von Millionen getrunzene Kathreiners Malzkaffee als Kaffee-Ersatzmittel einzig dasteht. Kathreiners Malzkaffee ist nicht etwa nur geröstetes Getreide, wie es unter allen möglichen Namen jetzt angepriesen wird, sondern Kathreiners Malzkaffee wird aus wirklichem Malz in der größten Malzkaffee-Fabrik der Welt nach bewährtem Verfahren seit über 20 Jahren hergestellt. Laufende von Ärzten empfohlen Kathreiners Malzkaffee als bestes Getränk für Gesunde und Leidende, Erwachsene und Kinder. Kathreiners Malzkaffee schmeckt vorzüglich, bekommt auch auf die Dauer gut und ist dabei außerordentlich billig; ein Zehnpennig-Paket gibt 20 Tassen.

Bedenken Sie also, was Sie sparen!

Achten Sie aber darauf, daß Kathreiners Malzkaffee niemals lose ausgewogen verkauft wird, sondern nur in geschlossenen Paketen mit Kneipp-Bild. Daß Sie beim Einkauf von Kaffee-Gurrogaten vorsichtig sind, liegt also — in Ihrem Interesse!

Line Of-fall mouff. 6!

Sanatorium Alpirsbach

bei **Freudenstadt** (Schwarzwald)
für Nervenleiden und innere Krankheiten
Prospekte. Besitzer und leitender Arzt: **Dr. Würz.**
Das ganze Jahr geöffnet!

Amrum Post Norddorf. Seehospiz. Christliche Erholungshäuser. Kein Trinkgeld. Volle Pension von Mk. 4.— an. Prospekt frei. C.108

Badgastein

radioaktivste
Therme der Welt,
im Kronland Salzburg, Oesterreich, Hauptstat. d. Tauernbahn, hochalpine, windgeschützte Lage (1612) inmitten reicher Koniferenwälder. Vorzüglich wirksam bei Altersgebrochen, Erkrankungen d. Nervensystemes, des Rückenmarkes, bei Gicht, Rheumatismen, Nieren-, Blasen- u. Frauenkrankheiten. Inhabitat an der natürl. Radio-Emanation unmittelbar d. Thermen. Modernste Heilbehelfe in mech., physikal. u. elektr. Therapie. Einfachste u. vornehmsten Ausrichtungen genügen 88 Hotels u. Legierhäuser, v. denen fast alle Thermo-Bäder besitzen. Ausgedehnte, selten schöne Promenaden. Ausk. u. Prospekte durch d. Kurverwaltung. In unmittelb. Nähe Luftkurort Bockstein.

Feldberg Bad. Schwarzwald 1500 m ü. Meer
Hotel und Pension Hebelhof
Dep. Villa Vreneli und Villa Lisef.
Vorzügliche Verpflegung, 100 Betten, Zentralheizung, Bahnstation Titisee oder Todtnau. Telefon Nr. 1. Fuhrwerk zur Verfügung. Herrliche Rodel- und Skibahn beim Hotel. Wintersport ersten Ranges. Prospekte durch den Besitzer G. Schlager.

Königsfeld Schwarzwald-Hotel.
Sonnenreiche, gesch. Lage, für Herzranke, Rekonvaleszenten u. Ruhebegrüfte. Ebene Wege. Gelegenl. z. Ausübung d. Ski-, Eislauf- u. Rodelsports. Zentralhgz. Pension M. 6.50 bis M. 8.—. Teleph. 19. Prospekte durch Besitzer: A. Schnabel. B.879

Locarno-KURPENSION BETZ Mont
moderne Natur-, Sonnen- und Diätkur. Prospekte. Süd-schweiz
Sonnenreichste Luftkur. Seilbahn 10 Minuten nach 20 jähr. Praxis. Zentral-Heizung. Vollpension M. 5 an. B.874

Pallanza Grand Hôtel Pallanza. Lago Maggiore. Simphonbahn Oberitalien. Weltbek., günst. Übergangsstation u. Winteraufenthalt. In d. schönst. u. geschützt. Lageng. d. borrom. Inseln. Für alle Jahresz. vortreffl. eingerichtet. Ausführl. d. Prospekte.

Pfäffikon (Züricher Oberland) 650 m. ü. Meer. Familienpension „Waldrieden“, dir. am Tannenwald. Herrl. Bli. kauf See u. Alpen. Bäder (u. Sonnenbäder). Zentralheizg., elekt. Licht. Pension v. 4 Frs. an. Das ganze Jahr geöffnet. Prosp. Familie Eppeler.

V. Berdux

Mändler
Flügel- und
Piano-Fabrik
Fabrikat I. Ranges

steht durch neue Erfindung,
D.R.-P. Nr. 214611, allen
anderen voran.

Stets reichhalt. Lager

Bleimverreter für Karlsruhe:

H. Maurer
Pianofager

Technikum Mittweida

Kgr. Sachs.
Direktor: Professor Holst.
Höhere technische Lehranstalt
für Elektro- u. Maschinen-technik.
Sonderabteilungen für Ingenieure,
Techniker u. Werkmeister,
Elektrot. u. Masch.-Laboratorien,
Lehrfabrik-Werkstätten
86. Schulj.: 9610 Besucher.
Programm etc. kostenlos
v. Sekretariat.

Schuhwaren- Spezial-Geschäft

H. Freyheit

Kaiserstr. 117 Fernspr. Nr. 1271

bietet als modernes, groß-
angelegte **Spezial-
Geschäft**; in bezug
auf Auswahl, Qualitäten,
Pafform u. Preiswürdigkeit
ganz besondere Vorteile

— Rabattsparmarken —
C.130

Lehrer: Friedrich Watter in Karlsruhe nach Baden, Viktor Schreckmann in Karlsruhe nach Billingen, Friedrich Jirn in Karlsruhe nach Rodolfszell, Julius Hartmann in Karlsruhe nach Schaffhausen, Eugen Wiel in Karlsruhe nach Tauberbischofsheim, Joseph Wunderle in Karlsruhe nach Donauwörth, Julius Bierling in Karlsruhe nach Gerolshausen, Hermann Klug in Karlsruhe nach Sedach, Karl Münch in Karlsruhe nach Graben-Neudorf, Emil Schwer in Karlsruhe nach Schopfheim, Ludwig Bender in Karlsruhe nach Billingen, Eugen Holz in Karlsruhe nach Mannheim, Joseph Kiefer in Karlsruhe nach Appenweier, Hugo Werner in Karlsruhe nach Zimmendingen, August Nedermann in Karlsruhe nach Pforzheim;

die Bureauchilfen: Friedrich Reith in Eppingen nach Mannheim, Franz Wietmann in Einheim nach Laub-Dinglingen, Emil Hamberger in Billingen nach Kehl, Joseph Keller in Kallendorf nach Schwabenreute, Eugen Diehm in Schwabenreute nach Kallendorf, Karl Kraft in Appenweier nach Mannheim.

Zurufgekehrt:

die Bahnwärter August Goch auf Bartst. 271a der Hauptb., Robert Gass auf Bartst. 48 der Durlach-Rühlader-Bahn, beide auf Ansuchen unter Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienste.

Entlassen:

Silfweidewärter Joseph Behringer in Basel.

Verstorben:

Zugmeister Karl Stranz in Heidelberg, Reichswärter Karl Köhler in Laubstadt, Bremser Cyriak Denste in Freiburg.

Gottesdienste.

Evangelische Stadtgemeinde.

Sonntag den 17. März.

Stadtkirche. 9 Uhr Militärgottesdienst: Garnisonvikar Dr. Cordier. — 10 Uhr: Stadtpfarrer Kühlewein.
Kleine Kirche. 10 Uhr Konfirmationsprüfung: Stadtpfarrer Napp. (Eintritt nur gegen Karten.) — 6 Uhr: Stadtpfarrer Strauß.
Schloßkirche. 10 Uhr: Vosprediger Fischer.
Johanneskirche. 10 Uhr: Stadtpfarrer Hindenlang. — 3 Uhr Konfirmationsprüfung: Stadtpfarrer Hesselbacher. — 6 Uhr fällt aus.
Christuskirche. 10 Uhr Konfirmationsprüfung: Stadtpfarrer Rohde. — 6 Uhr: Stadtpfarrer Schneider.
Gemeindehaus der Weststadt. 10 Uhr: Stadtpfarrer Schilling.
Lutherkirche. 10 Uhr Konfirmationsprüfung: Stadtpfarrer Weidemeier. — 6 Uhr: Stadtpfarrer Müller.
Gartenstraße 22. 10 Uhr: Stadtpfarrer Schneider.
Evang. Kapelle des Kadettenhauses. 10 Uhr Gottesdienst: Kadettenhauspfarrer Schmidt.
Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus. 6 Uhr: Stadtpfarrer Hindenlang.
Dionysienhauskirche. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Kap. — Abends 8 Uhr: Süßgeistlicher Eibler.
Karl-Friedrich-Gedächtniskirche (Stadtteil Rühlburg). 10 Uhr Konfirmationsprüfung: Deton Ebert.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.

Sonntag den 17. März.

Alte Friedhofskapelle. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Fuchs. — Donnerstag, abends 8 Uhr, Passionsgottesdienst.

Wohngottesdienste.

Dienstag den 19. März.

Seierheim. 8 Uhr: Stadtpfarrer Schneider.

Mittwoch den 20. März.

Stefanienstraße 22. 8 Uhr: Vosprediger Fischer.

Donnerstag den 21. März.

Kleine Kirche. 5 Uhr: Stadtpfarrer Strauß.
Johanneskirche. 8 Uhr: Stadtpfarrer Hesselbacher.
Lutherkirche. 8 Uhr: Stadtpfarrer Müller.
Karl-Friedrich-Gedächtniskirche (Stadtteil Rühlburg). 8 Uhr: Stadtpfarrer Höffig.

Katholische Stadtgemeinde.

Sonntag den 17. März.

St. Stephanuskirche. 5 Uhr Frühmesse. — 6 Uhr hl. Messe. — 7 Uhr hl. Messe. — 9 Uhr Militärgottesdienst mit Predigt. — 10 Uhr hl. Messe. — 11 Uhr Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt. — 12 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt. — 5 Uhr Fastenpredigt mit Kreuzwegandacht und Segen.
St. Bernhardskirche. 6 Uhr Frühmesse. — 7 Uhr hl. Messe. — 8 Uhr Deutsche Singmesse mit Predigt. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Amt und Predigt. — 11 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt. — 5 Uhr Fastenpredigt und Kreuzwegandacht.
Liedbrautkirche. 7 Uhr Frühmesse. — 9 Uhr Deutsche Singmesse mit Predigt. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt. — 11 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt. — 5 Uhr Fastenpredigt und Kreuzwegandacht und Segen.
St. Vincentiuskapelle. 7 Uhr hl. Messe. — 8 Uhr Amt.
St. Bonifatiuskirche. 7 Uhr Frühmesse. — 8 Uhr Deutsche Singmesse mit Predigt. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt. — 12 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt. — 5 Uhr Fastenpredigt, Kreuzwegandacht und Segen.
Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus. 8 Uhr hl. Messe.
Städtisches Krankenhaus. 10 Uhr heilige Messe mit Predigt.

Katholische Kapelle des Kadettenhauses. 9 Uhr Erstkommunion.

St. Peter- und Paulskirche. 7 Uhr Frühmesse. — 8 Uhr Deutsche Singmesse. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt. — 1/2 6 Uhr Rosenkranz. — 6 Uhr Fastenpredigt mit Segen.

St. Nikolauskirche Müppurr. 9 Uhr Singmesse mit Predigt.
St. Josephskirche (Stadtteil Grünwinkel). 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt. — 2 Uhr Herz Maria-Bruderschaft. — 6 Uhr Kreuzwegandacht.

St. Michaelskirche (Seierheim). 7 Uhr Frühmesse. — 9 Uhr Deutsche Singmesse mit Predigt. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Amt und Predigt. — 11 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt. — 1/2 2 Uhr Vesper. — 7 Uhr Fastenpredigt mit Kreuzwegandacht und Segen.

Allkatholische Stadtgemeinde.

Sonntag den 17. März.

Auferstehungskirche. 10 Uhr: Stadtpfarrer Bodenstein.

English Services

each Sunday morning at 11 o'clock Morning Service and Holy Communion Pfändnerhaus, Kaiserplatz. E. H. Tottenham M. A., anglo-american Chaplain.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: B. Eduard Kohlbach, Trompeter. — B. Dugo Korhard, Kaufmann. — Ein Mädchen: B. Karl Porth, Obergärtner. — B. August Schäffner, Rajchnenarbeiter. — B. Karl Sohn, Fabrikarbeiter.

Eheaufgebot. Wilhelm Schüler von Llofen, Bahnarbeiter hier, mit Maria Ehret von Au i. Br. — Friedrich Wittmer von Müppurr, Schuhmacher hier, mit Wilhelmine Kunz von Grünwinkel. — Karl Stollmer von Lengenbeutlingen, Säger hier, mit Anna Marggraf geb. Blauf von Pforzheim. — Gustav Erb von Rühlburg, Fabrikarbeiter hier, mit Karoline Eberhardt von Rühlburg. — Georg Schilling von Juchenhausen, Sanitätsfeldzeugant hier, mit Sofia Eub von Friedrichstal. — Rudolf Weihenberger von Stühlingen, Zeichner hier, mit Rina Ritter von hier. — Peter Hufnagel von Leutershausen, Schlosser hier, mit Maria Lindner von Sarona.

Todesfälle. Gustav Böhrenbach, stollenhändler, Ehemann. — Adolf B. Adolf Kieger, Fuder. — Gertrud Groman, Ehefrau. — Angela Andreoli, Erbarbeiter, ledig. — Maria Bitoria Weinrecht, Dienstmagd. — Karoline Dalicha, Ehefrau. — Karl Valentin Schott, Kaufmannslehrling, B. B. Valentin Schott, Schreiner.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 16. März 1912.

Von der nach bei Island lagernden Depression geht heute ein Ausläufer aus, der sich über die Nordsee und Deutschland hinweg bis Oberitalien hinzieht und der ein im Südwesten gelagertes Hochdruckgebiet von einem über dem Nordosten Europas trennt. Das Wetter ist in Deutschland trüb oder unbeständig; stellenweise fällt Regen. Eine wesentlich günstigere Gestaltung der Luftdruckverteilung ist zunächst wohl nicht zu erwarten; es steht deshalb unbeständiges, ziemlich mildes Wetter mit zeitweisen Regenfällen in Aussicht.

Nehmen Sie

täglich ein Likörgläschen **Dr. Hommel's Haematogen** unmittelbar vor der Hauptmahlzeit! Ihr Appetit wird reger, Ihr Nervensystem erstarbt! die körperlichen Kräfte werden gehoben. Warnung: Man verlange ausdrücklich den Namen **Dr. Hommel**.

E. Büchle Inh.: **Kunsthändler und Rahmentabrik.**

Karlsruhe i. B. — Kaiserstraße 149. C. 278
Räumungs-Verkauf wegen Umzug mit 10 bis 30% Rabatt.
Günstige Gelegenheit für Bildereinkäufe.
Ab 1. Juli befindet sich mein Geschäft Kaiserstraße 128



Biologische Abwasser-Kläranlagen.

Einrichtung von Kurbädern, Krankenhäusern, Warmwasser-Bereitungs- und Heizungs-Anlagen.
Emil Schmidt & Cons., Ingenieure.

TURBINEN für alle Gefälle u. Wassermengen.
— Größte Leistungsfähigkeit. —

Escher Wyß & Cie., Ravensburg (Württbg.)

In den Fabriken der Firma bis jetzt 5000 Turbinen mit zusammen 2150000 PS. ausgeführt, mehr als irgend eine andere Turbinenfabrik, für Gefälle von 0,6 bis 930 m, darunter zahlreiche Anlagen für staatliche und städtische Behörden. B. 866
Gründung der Fabrik in Ravensburg 1857. — Ingenieurbureau Freiburg i. B.: Schwimmbadstraße 42.
Weitere Spezialitäten: Dampfturbinen, Papierfabrikationsmaschinen, Kälteanlagen, Dampf-, Motorboote. Die größte Anzahl der Bodenseedampfloote ist von unserer Firma geliefert.

Südd. Geschäfts- u. Hypotheken-Verm.-Institut

Stuttgart, Moltkestraße 20 B. 367
empfehlen sich zur Vermittlung — An- und Verkauf — von Liegenschaften aller Art, wie Hotels, Gasthöfe u. Wirtschaften, sowie Geschäfts- u. Wohnhäuser, Villen u. Landgüter, Zuführung von Geschäftssteuern, Finanzierungen etc. Abgewährte Verkaufs- u. g. usation. Durchschlagende Erfolge. Streng l. us und diskrete Bedienung.
Anfragen werden prompt und kostenlos erledigt.

Emil Schmidt & Cons.

Telephon 70
Bäder Toiletten
Ingenieur für sanitäre Anlagen
Waldwasserbereitung
Ausstellungs-Kaiserstr. 209
Techn. Bureau: Hebelstr. 3

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

11434.21. Heidelberg. Der Schlosser Valentin Julius Volzer in Dossenheim, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Schmidt in Heidelberg, klagt gegen den Nikolaus Oskar Volzer, früher in Dossenheim, 3. Jt. unbekanntes Aufenthalts, unter der Behauptung, daß das Anwartschaftsrecht durch Abrechnung gegenstandslos geworden ist, mit dem Antrage auf Verurteilung zur Bewilligung d. Lösung des zu seinen Gunsten im Grundbuch der Gemarlung Dossenheim eingetragenen Rindelpfandrechts. Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 1. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Heidelberg auf
Samstag den 1. Juni 1912, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte

angelaufenen Anwalt zu bestellen.
Heidelberg, 15. März 1912.
Der Gerichtsschreiber
Großh. Landgerichts.

11435.21. Mannheim. Der Bäcker Friedrich Rudolf in Mannheim R. 4, 5, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Stauder hier, klagt gegen seine Ehefrau Katharina geb. Fren, früher zu Mannheim, jetzt an unbekanntem Orte, auf Grund der §§ 1565, 1568 BGB. mit dem Antrage auf Scheidung der am 22. Dezember 1904 geschlossenen Ehe aus Verschulden der Beklagten. Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die zweite Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf
Samstag den 18. Mai 1912, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, emc. bei dem gedachten Gerichte angelaufenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Mannheim, 13. März 1912.
Gerichtsschreiber
Großh. Landgerichts 38. II.

11410. Eppingen. In dem Konkursverfahren gegen Schreinermeister Ernst Kern von Sulzfeld ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen Schlußtermin bestimmt auf
Mittwoch den 10. April 1912, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht hier selbst — Zimmer Nr. 4 —
Eppingen, 13. März 1912.
Großh. Amtsgericht.
Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber.

11442. Rastatt. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts u. Kaufmanns Joseph Ferdinand Leppert in Hügelshaus ist Termin zur Abnahme der

Schlussrechnung bestimmt auf
Mittwoch den 10. April 1912, vormittags 11 Uhr, anher Zimmer Nr. 237, Rastatt, 13. März 1912.
Gerichtsschreiber
Großh. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

11443. Nr. 3. R. 2/10. Weinheim. Nach Abhaltung d. Schlußtermins u. Bornahme der Schlussverteilung wird das Konkursverfahren über:
1. das Vermögen der Dachdeckermeister Heinrich Krämer Witwe, Lina geb. Waisel in Weinheim,
2. den Nachlaß des Dachdeckermeisters Heinrich Krämer in Weinheim,
3. das Vermögen des Kaufmanns Joseph Grünhut in Weinheim hiermit aufgehoben.
Weinheim, 12. März 1912.
Gerichtsschreiber
Großh. Amtsgerichts.

Zwangs-Versteigerung.

11430. Baden. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Baden belegene, im Grundbuche von Baden zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Kaufmann Emil Sacher Witwe Marie geb. Kaniser in Baden eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am
Dienstag, den 7. Mai 1912, vormittags 9 Uhr, durch das unterzeichnete Notariat in dessen Dienstämern, Langstraße 33 I in Baden versteigert werden.
Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Februar 1912 in das Grundbuch eingetragen worden.
Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde ist jedermann gestattet.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Verstei-

gerungsprotokoll vor der Aufzählung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung od. einstweilige Einstellung d. Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verteidigerten Gegenstandes tritt.
Beschreibung des zu verteidigerten Grundstückes:
Grundbuch von Baden, Band 16, Heft 149 Bestandsverzeichnis I,
Lagerbuchnummer 211, i a 43 qm Oefreite im Ortssteier an der Langstraße Nr. 41. Hierauf steht: ein 3/4000tes Wohnhaus mit Keller, cf. Nr. 210, adf. Nr. 212.
Schätzung R. 83.000. —
Baden, 14. März 1912.
Großh. Notariat I als Vollstreckungsgericht.

Lagerbuchnummer 211, i a 43 qm Oefreite im Ortssteier an der Langstraße Nr. 41. Hierauf steht: ein 3/4000tes Wohnhaus mit Keller, cf. Nr. 210, adf. Nr. 212.
Schätzung R. 83.000. —
Baden, 14. März 1912.
Großh. Notariat I als Vollstreckungsgericht.

Verstiedene Bekanntmachungen.

Beton- und Eisenbetonarbeiten der Unterführung hinterm städt. Gaswerk II beiläufig 162 qm begw. 178 qm nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 zu vergeben.
Unterlagen, soweit Vorrat reicht, gegen 1.50 R. Kopfererschaf (Porto 20 Pf. mehr) Ettlingerstraße 39 III zu erhalten.
11451.21
Angebote postfrei, verschlossen mit entsprechender Aufschrift bis längstens Mittwoch den 10. April d. J., vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen.
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Karlsruhe, 14. März 1912.
Großh. Bauinspektoren 17.

